

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 6.45 Mk. mit Trägerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag
Einzelnnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Bergseite 50 Pfg.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pfg.
Die Rückseite 200 Pfg.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elsenhütte.
Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 91. Druck und Verlag: Buchdr. Geinr. Müller, Nassau (Bahn). Dienstag, 10. August 1920. Verantwortung: Arthur Müller, Nassau (Bahn). 43. Jahrg.

Außenpolitische Anfänge.

Von einer Außenpolitik der deutschen Regierung zu reden, wäre ein gänzlich verfehltes Unternehmen. Unser auswärtiges Amt kann nur solche außenpolitische Unternehmungen einleiten, die dem Rahmen des Versailler Friedensvertrages angepaßt sind, und unsere Stellung gegenüber der Entente nicht gefährden. Der Minister Dr. Simons hat es in nicht mißzuverstehender Weise bekannt gegeben, daß das politische Übergewicht der Alliierten uns zwingt, uns ständig der eingegangenen Verpflichtungen der Entente gegenüber zu erinnern, da alle Mitglieder der Entente sich in der Durchführung des Friedens gegenüber Deutschland einig seien. Nun glaubt aber der Minister, daß es in der Weltpolitik bestimmte Dinge gibt, die nicht ohne Hinzuziehung Deutschlands zu regeln sind. Diese Erkenntnis schließt auch die Möglichkeit der Anfänge einer außenpolitischen Betätigung Deutschlands in sich. Das sind also Dinge, die im Bereich der Zukunft liegen und trotzdem schon jetzt sorgsam ins Auge gefaßt werden müssen. Wenn die Beziehungen Westeuropas zum Osten geregelt werden, so wird man nicht umhin können, sich auch an Deutschland zu wenden, denn zwischen Rußland und dem Westen liegt das Deutsche Reich, das immerhin noch über einige Souveränität verfügt. Zum ersten Male finden wir die Tatsache, daß der Versailler Friedensvertrag doch noch einige Lücken aufzuweisen hat, die es Deutschland ermöglichen, seine eigenen Interessen zu verteidigen. „Mit Sowjetrußland neue Verträge abzuschließen, haben wir freie Bahn!“ sagte Minister Simons im Reichstag. Wir wissen, daß diese freie Bahn auch beschränkt werden soll, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß die deutsche Regierung bereits mit Moskau in unmittelbarer Verbindung steht. Die Sowjet-Vertretung in Berlin ist durch den bolschewistischen Außenminister Tschitscherin bereits seit kurzer Zeit zu wirtschaftlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung ernannt. Nach unseren Informationen sind schon einige Anfänge zur Annäherung von wirtschaftlichen Beziehungen gemacht worden, die aber nicht zu vertieflichen sind, wenn die Verhältnisse im Osten sich geändert haben.

Die Anfänge für die außenpolitische Neuorientierung sind also nunmehr gegeben. Erstmalig ist diese Tatsache in den politischen Kreisen Deutschlands nicht ganz unbekannt geblieben, so daß die deutsche Regierung Gelegenheit hat, aus ihrer Zurückhaltung endlich herauszutreten. Natürlich kann niemand erwarten, daß unsere Stimme nun auf einmal wieder tonangebend in der internationalen Politik sein werde. Aber die Tatsache, daß unser auswärtiges Amt von einem geschickten Diplomaten geleitet wird, läßt die Hoffnung zu, daß unsere Regierung die günstige Gelegenheit, die sich bei der Lösung der Ostfragen bietet, nicht ungenutzt vorbeiziehen läßt. Sachkenntnis und Geschick auf unserer auswärtigen Politik bei diesen ersten Versuchen doppelt notwendig. Hoffen wir, daß es den leitenden Männern an diesen Gaben nicht fehlt und daß mit der Lösung des russischen Problems auch der Grundstein gelegt wird zu unserem eigenen Wiederaufbau.

Deutschland und Rußland.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, hat vor einiger Zeit die Sowjetregierung in Berlin anfragen lassen, ob die deutsche Regierung bereit sei, eine Wirtschaftsdelegation der Sowjetregierung zu empfangen, um mit ihr über die Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln. Die deutsche Regierung hat darauf geantwortet, daß sie ihre Zustimmung von dem Ergebnis einer Prüfung abhängig machen müsse, die von Deutschland über die tatsächlichen Verhältnisse in Rußland anzustellen wären.

Der Lohnabzug.

Mit dem 1. August tritt das neue Gesetz über den Lohnabzug in Kraft. Nach den neuen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Barlohn ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgestellt und seinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzufügen mit dem Werte, der sich aus den Lohnarbeitsvereinbarungen ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamt festgesetzten örtlichen Preise maßgebend. Jedoch ist bis zu der Festsetzung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen ein höherer Betrag als 5 Mark für den Tag, 30 Mark für die Woche und 125 Mark für den Monat anzunehmen.

Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehälter, Bezahlungen, Lantien, Gratifikationen oder sonstige für Beschäftigten gewährte Bezüge oder geldwerte Vorteile für höhere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit.

2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungen, sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionen, sind Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsversicherungen können vom Arbeitslohn abgesetzt werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und in Kosten des Arbeitnehmers verrechnet werden.

3. Bei Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn statt.

4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungekürzten Tage-, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes vom Steuerabzuge frei. Diese Teile sind so berechnet, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkommensteuergesetzes bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Vom zehnprozentigen Lohnabzug bleiben frei: bei Tageslohnberechnung 5 Mark für den Tag, sowie je 1,50 Mark für die Ehefrau des Arbeitnehmers und für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind; bei Wochenlohn 30 Mark für die Woche, sowie für die Frau und jedes minderjährige Kind 10 Mk.; bei Monatslohn 125 Mark für den Monat und je 40 Mark für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind.

Ueberschreitet unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungen der Lohn, auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 15 000 Mark, so werden 15 Prozent erhoben; geht Lohn oder Gehalt über 30 000 Mark, so kommen 20 Prozent Gehaltsabzug in Frage, bei mehr als 50 000 Mark 25 Prozent usw., bis bei Beträgen von jährlich über 1 Million 55 Prozent des Gehalts oder der Lantien abgezogen werden.

Die Londoner Konferenz.

Revision des Versailler Vertrages?

Die „Times“ berichtet, werden auf der Londoner Friedenskonferenz mit Rußland auch amerikanische Delegierte teilnehmen. Wilson soll sich geäußert haben, daß in London wohl auch eine Revision des Versailler Vertrages erfolge.

Millerand, Lloyd George und C. I. I. werden sich voraussichtlich am 19. August, wahrscheinlich aber noch früher, in Luzern treffen. Die Zusammenkunft wird wegen der neuesten Ereignisse in Polen möglichst beschleunigt.

Donat Laro erklärte im Unterhause, daß es nicht die Politik der künftigen englischen Regierung sei, die Deutschen zu einer Mitwirkung an den Feindseligkeiten gegen die russische Regierung aufzufordern. Auch die ungarische Regierung sei zu einer solchen Zusammenarbeit gegen die Bolschewisten nicht aufgefordert worden.

Gegenüber der Ankündigung, daß die Londoner Verhandlungen über den Frieden mit Rußland eine Revision des Versailler Vertrages bringen könnten, bleibt man in Berlin recht mißtrauisch. Umso mehr als die Entente bereits gegen diese Möglichkeit mobilisiert und die englischen Unterstellungen sich nur in den Northcliffe-Blättern finden. Von diplomatischer Seite wird erklärt:

Auch die Regierungen der Ententemächte sträuben sich gegen die Notwendigkeit, die bisherige Methode der einseitigen Aufzwingung selbst vereinbarter Diktatverträge durch Verhandlungen mit Rußland als ebenbürtige Großmacht zu ersetzen. Die Redungen aus Amerika, wonach Washington angesichts neuer Tatsachen in der europäischen Lage, eingehende Untersuchung und Verhandlung über die Ostfragen beabsichtigt, nötigenfalls mit Revision des Versailler Vertrages, haben, soweit festgestellt werden kann, bisher auch in Frankreich und England wenig Eindruck gemacht. Ueber die Art der Behandlung Rußlands sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Alliierten so groß, daß sogar bei den Neutralen die Ansicht aufkommt, Lloyd George erstrebt zwar ernstlich Verhandlungen in London, werde sie aber auf Abbruch führen, damit nach Zuschreibung der Verantwortlichkeit für einen zu erwartenden Mißerfolg an Sowjetrußland die neue einheitliche Front der Alliierten gegen die russische Räterepublik hergestellt werde.

Merke! Nachrichten.

Das längste Fernsprechkabel der Erde.

Ein technisches Werk ist vollendet worden, das ein Zeugnis für die unermüdbare Schaffenskraft deutscher Ingenieure ist und zugleich hohe politische Bedeutung besitzt. Das Carlswerk der Firma Pöschel u. Guillaume in Köln-Mülheim hat das längste Fernsprechkabel der Erde hergestellt. Es wird zwischen Ostpreußen (Tschitten an der Samländischen Küste) und Bommern (Leba), über eine Länge von 170 Kilometern verlegt. Seine Aufgabe ist es, den Fernsprech- und nebenher auch den Telegraphenverkehr Ostpreußens mit dem Reich von dem polnischen Korridor unabhängig zu machen. Die technischen Schwierigkeiten, die es hier zu überwinden galt, sind sehr groß gewesen. Denn ein unterseeisches Fernsprechkabel ist durchaus kein einfaches Gerät. Die Seele des Kabels besteht aus zwölf Fernsprech- und drei graphendrähten. Je zwei Fernsprechkabeln bilden eine Sprechleitung. Es wird jedoch durch Anwendung feinst ausgeformener Schaltungen möglich sein, daß über das Kabel zugleich neun Ferngespräche und sechs telegraphische Sendungen stattfinden können. Am letzten Mittwoch wurde die neue, sehr Störung durch die Wellen entzogene Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich eingeweiht. Die Ostpreußen, die eben ein so kräftiges Zeugnis zum Reich abgelegt haben, erhalten durch die Errichtung dieses schwierigen Werkes einen Beweis, daß auch die Reichsleitung jeden Augenblick bereit ist, Opfer für sie zu bringen.

Griechische Niederlage.

Der griechische Bericht meldet, daß bei Demirdji in Kleinasien ein 24stündiger Beraubungskampf ausgefochten worden sei. Vorgesobene Bataillone wurden von einer starken Streitmacht von Kemalisten angegriffen. Die griechischen Truppen mußten schließlich zurückgehen. Die Mannschaften der Maschinengewehrabteilung, die den Rückzug decken mußten, blieben alle tot auf dem Platze.

Torffspiritus und Schilfkakao.

Ein neuer Schwindel.

Eben erst ist die famose Aufbaugentrale als eine ganz gemeine Hochstapelei riesigen Umfangs entlarvt worden, und schon muß die Öffentlichkeit vor einem neuen Projekt gewarnt werden, das auf eine noch „breitere Basis“ gestellt ist.

Für 5 Millionen Menschen soll Arbeit geschaffen werden und zwar — so erklärte in einer streng vertraulichen Besprechung in Berlin bei einem Werbevortrag einer der Unternehmer — habe sich die „Gesellschaft“ (wer, das ist nicht zu erfahren), große Lorfläger gesichert, um aus Torf Spiritus (!) und Stidstoff zu gewinnen. Auch das Schilfrohr werde man ausnützen. Man werde so viel Gelder daraus gewinnen, daß jeder sein Leben verführen könne; außerdem würde aus der Schilfwurzel ein vorzügliches Kakao (!) hergestellt. Der Vortragende selbst habe diesen Kakao zwar selbst noch nicht probiert, aber er sei gut. Ferner verfüge die Gesellschaft über großartige Erfindungen. Eine davon stelle Häuser im „Spritzverfahren“ her; das Material werde an Ort und Stelle gewonnen usw.

Die ganze Gründung müsse aber vor der Entente geheimgehalten werden. Auch neugierige Frager könne man nicht gebrauchen. Die Direktion selbst verfüge schon jetzt über mehrere Millionen. Die Reichsregierung habe ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt, desgleichen Baraden und Maschinen. In fünf Jahren werde man 4 720 000 Menschen Arbeit verschafft haben. Jetzt gelte es vor allem, bis zum 1. August tausend Bureauangestellte zu werben. Zu diesem Zwecke müsse jeder Interessent zehn Postkarteformulare einreichen. Der Interessent selbst habe einen Beitrag von 1,20 Mark zu entrichten, die zehn Formulare solle er an Bekannte verteilen, die ebenfalls denselben Beitrag einreichen müßten. Auf den Formularen stehe man: Verlag für Volks- und Weltwirtschaft, Abt. „Jesha“, Direktionsbetriebsstelle A 1, Berlin W 62. Auf die wiederholten Fragen in der Versammlung, wer die „Gründer“ seien wurde erklärt, daß für Reklamerie die Sache nichts wäre. Man würde näheres erst dann erfahren, wenn die „Reichsunterstützungsbank“ gegründet sei. Diese werde in fünf Jahren fünfzig Milliarden umsetzen. Wer sich becke und möglichst viel neue Mitglieder und Beiträge werbe, habe die Anwartschaft auf einen hochbezahlten Posten.

Wir warnen Leichtgläubige!

Gerichtszeitung.

Ein teures Hundehalsband. Vor dem Sondergericht in Saarbrücken kam eine niedliche Hundehalsbandgeschichte zur Verhandlung, die für ihren Urheber ein teurer Späß wurde. Ein Kriminalwachmeister kaufte kürzlich im Laden des Sattlermeisters Sühnd in Neunkirchen ein Halsband, für das ihm 14 Mark abverlangt wurden. Da dieser Preis mit der „Friedenswarte“ anno 1914 nicht übereinstimmte, sah der Wachmeister sich das Halsband mal etwas näher an und entdeckte an einer anderen Stelle die Bezeichnung — 1,50 Mark. Als der Verkäufer darauf aufmerksam gemacht wurde, verweigerte er kurzhand den Verkauf des Gegenstandes; er ließ ihn aber schließlich für 3 Mark ab. Auch das Sondergericht betrachtete sich diesen Fall der Preissteigerung einmal näher und als der Vorsitzende, nichts Gutes ahnend, den aufgestellten Zettel vom Halsband entfernte, kam ein neues Schildchen zum Vorschein, auf dem zu lesen war — 2,50 Mark. Sühnd scheint also im Einkommen eine besonders geliebte Hand zu haben. Seine schamlose Preistreiberie mußte er mit 1000 Mark Geldstrafe büßen.

Kunst und Wissenschaft.

4. Tuberkulosebekämpfung. Zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose gehört neben den verschiedenen Heilmitteln und Vorbeugungsmahnahmen auch die Desinfektion des Auswurfes der Kranken, durch den ja fast allein die Uebertragung auf einen anderen Menschen zustande kommt. Das in Krankenhäusern und Heilanstalten übliche Verfahren der Hitzesterilisation wurde bisher auch in verkleinertem Maßstabe, zur Entseimung des Auswurfes in der Wohnung der Kranken angewandt; zu einer allgemeinen Anwendung ist es aber trotz verschiedener Vorschläge nicht gekommen, auch die zahlreichen für den genannten Zweck vorgeschlagenen chemischen Mittel haben sich nicht eingebürgert. Wie uns aus Berlin geschrieben wird, hat nun das Zentralomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose für Angabe eines neuen Verfahrens zur Desinfektion des Auswurfes von Tuberkulose einen Preis von 3 000 Mark ausgesetzt. Das Verfahren soll wirksam leicht ausführbar und billig sein und sich vor allem für die dauernde Anwendung in der Wohnung der Kranken besser eignen, als dies bis jetzt bei den bekannten Verfahren der Fall ist.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. August.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Gesetzesentwurfes über die Entwaffnung der Bevölkerung.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) legt nochmals den ablehnenden Standpunkt seiner Partei dar und weist darauf hin, daß die deutsche Arbeiterklasse unter keinen Umständen dulden würde, daß Entenirruppen zum Kampfe gegen Sowjetrußland durch Deutschland hindurchgeführt würden. (Die Unaufmerksamkeit des Hauses ist so groß, daß Präsident Ebert mehrfach um Ruhe ersuchen muß.)

Reichsminister Dr. Simons: Der Friedensvertrag und Spa verpflichten die deutsche Regierung Maßnahmen irgendwelcher Art zu ergreifen, die der Entwaffnung enthält. Diese unsere Pflicht darf nicht sabotiert werden. Der Umfang der Gewalt des Reichskommissars für die Entwaffnung unterliegt der Kontrolle des Reichstages, er ist also kein Diktator. Die neuen Anträge sind das Neueste, dem die Regierung zustimmen könnte. Der Kommissar wird eine schwere Aufgabe haben, wird unbedingte Parität bei seinem Vorgehen wahren müssen und auf die innere und äußere Lage der deutschen Nachbarn Rücksicht nehmen müssen. Die Nachmittage dürfen sich einerseits nur in der Lage des Reiches befinden, andererseits sind diese Nachmittage durch das Protokoll von Spa beschränkt.

Wir müssen unsere Neutralität aufrecht erhalten. Die Entente hat ein Interesse daran, Truppen durch Deutschland nach dem Osten zu senden. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß bereits Vorbereitungen hierzu im besetzten Gebiet getroffen würden, wäre damit die deutsche Neutralität verletzt, denn, ob unbefest oder befestigt, deutsches Gebiet bleibt deutsches Gebiet. Kein Gebietsteil einer neutralen Macht darf zu Truppenbewegungen benutzt werden. Wir werden unsere Neutralität mit allen Mitteln zu schützen suchen. Ich habe gestern eine sehr ernste Unterredung mit dem Geschäftsträger Frankreichs über die Flaggenfrage. Diese Frage ist noch nicht entschieden. Ich bitte, alles zu vermeiden, was die gespannte Situation noch verschärfen könnte. Ich selber werde alles tun, um die Spannung nicht zur Entladung kommen zu lassen. (Beifall.)

Nach Beendigung der Einzelberatungen erklärt

Abg. v. Gallwitz (D. Sp.), daß die Mehrzahl seiner Freunde für die Vorlage stimmen werde, weil sie im Sinne der Absichtungen von Spa sei und zur Ruhe und Ordnung im Innern beitrage. Ein Teil der Deutschnationalen lehne das Gesetz ab, weil sie gegen den Entwurf seien, der ihnen keine Gewähr dafür biete, daß die Ausführung des Gesetzes auch gerecht durchgeführt werde.

In der Gesamtstimmung wurde das Gesetz mit sehr großer Mehrheit gegen die Unabhängigen, die Balthische Volkspartei und einzelne Deutschnationale angenommen.

Nach Beendigung der Aussprache über die sozialdemokratischen Interpellationen betreffend die Arbeitslosigkeit, wird der Antrag der Unabhängigen zwecks Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung an den sozialwirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Der Präsident erteilt und erhält die Ermächtigung, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen. Er wünscht den Mitgliedern gute Erholung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Ereignisse jenseits der Grenzen und die Konferenz in Genf eine Einberufung des Hauses nicht früher nötig machen, als es in normalen Zeiten der Fall ist.

Infolge der Rede des Außenministers Dr. Simons wurde heute die Frage anhielt, ob der Reichstag angesichts der politischen Lage seine Tagung fortsetzen müsse. Der Reichstag, der sich in den ersten Nachmittagsstunden mit der Angelegenheit befaßt, kam zu dem Schluß, daß in den bisherigen Diskussionen keine Veränderung eintreten brauche und der Reichstag heute bis Mitte Oktober in die Ferien gehen solle. Sollten jedoch politische Ereignisse es erfordern, so ist Vorkehrung getroffen, daß der Reichstag jederzeit auch früher zusammentreten kann.

Die Flaggenfrage.

Dr. Simons über den Völkerverbund.

Reichsminister Dr. Simons gewährte vor seiner Abreise einem Vertreter der Deutschen Liga für den Völkerverbund eine Unterredung, in der er u. a. auf die Frage antwortete: Wie amtlich bekanntgegeben wird, hoffen Sie Mittel und Wege zu finden, um die aus der Flaggenangelegenheit zwischen der deutschen und französischen Regierung entstandene Spannung im Sinne der Völkerverbündnisse zu erledigen; was für Mittel und Wege meinen Sie damit? Die Antwort lautet: Die Angelegenheit unter Berücksichtigung der Völkerverbündnisse zu behandeln entspricht ganz meinen Wünschen. Ich habe der französischen Regierung auf ihre letzte mir in dieser Angelegenheit übermittelten Note vorgeschlagen, die Erledigung des Falles dem Völkerverbund zu übertragen. Eine solche Erledigung ist ja in Artikel 17 des Völkerverbündnisses auch für den Fall vorgesehen, daß einer der an dem Streitfall beteiligten Staaten nicht Mitglied des Völkerverbundes ist. Ich habe der französischen Regierung auch namens der deutschen Regierung erklärt, daß Deutschland bereit ist, die Bestimmungen der Artikel 12 bis 16 der Völkerverbündnisse anzuerkennen. Ich will nicht untersuchen, ob die französische Regierung nicht als Mitglied des Völkerverbundes sogar die Pflicht hat, den Streitfall im gegenwärtigen Stadium dem Völkerverbund zu unterbreiten; jedenfalls bietet ihr Artikel 11 Absatz 2 auch die formelle Möglichkeit, auf unseren Vorschlag einzugehen. Ich möchte aber betonen, daß die Völkerverbündnisse auch ein Teil des Friedensvertrages ist. Sie wissen, daß ich dessen Innehaltung als die Aufgabe meiner Politik betrachte. Der Friedensvertrag ist wesentlich gerichtet darauf, daß der Deutschland eine fähige schwerer Verpflichtungen, einseitig auferlegt; umso mehr muß die deutsche Politik darauf bedacht sein, daß er auch in den letzten wenig zahlreichen Punkten peinlich beobachtet wird, wo er Deutschland Rechte läßt. Wir haben die Völkerverbündnisse unterzeichnet, ohne Mitglied zu werden, und haben die Wirksamkeit des Völkerverbundes praktisch anerkennen müssen in all den Fällen, wo er gemäß dem Friedensvertrag Verpflichtungen auferlegt. Der Völkerverbund hat als Treuhänder des Saargebietes und als Schlichter der freien Stadt Danzig für uns eine schmerzliche Bedeutung erhalten. In allen Fällen ist seine Wirksamkeit hinter der Aufgabe zurückgeblieben, die ihm

durch den Friedensvertrag gesetzt worden ist. Ich erinnere mir an die Frage der deutschen Kolonien. Ein umso größeres Interesse haben wir selbst nicht nur, sondern alle Signatarmächte daran, daß die guten Grundlagen, auf denen der Gedanke des Völkerverbundes beruht, sich bewähren können. Die festeste Grundlage muß sein das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit. Es zur Anwendung zu bringen bietet sich hier dem Bund Gelegenheit. Mit dem Prinzip kann er zugleich sich selbst durchsetzen und sein moralisches Ansehen wieder stärken, das die Ereignisse im Osten bedenklich erschüttert haben. Darum war mir die Anregung ihrer Liga sehr willkommen. Den Friedensvertrag in allen seinen Teilen haben die Verfasser bitter ernst gemeint, und sie haben allen Grund, ihn ebenso bitter ernst zu nehmen. Besonders für die alliierten Mächte bietet er den Versuch, das Ergebnis des Krieges als ihren Erfolg zu realisieren, und das geht nur auf unsere Kosten. Sein erster Teil aber, die Völkerverbündnisse, bedeutet den Versuch, die furchtbaren Erfahrungen des Weltkrieges zugunsten eines friedlichen Verkehrs aller Völker zu verwerten. Die Gedanken, die diesem Versuch zu Grunde liegen, haben sich in den letzten Jahren in der ganzen Welt verbreitet und sind zu teuer erkaufen, als daß die Menschheit sie jemals wieder fahren lassen könnte. Jeder ernst gemeinte Vorschlag, den Völkerverbund mit einer Lösung internationaler Fragen zu betrauen, bringt die Gesamtheit einen kleinen Schritt näher an das Ziel.

Zur Tagesgeschichte.

Die Kriegsgesellschaften.

Der vom Reichstag eingesetzte Ausschuss zur Prüfung der Geschäftsbahnen der Kriegsgesellschaften trat in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Nach dem Vorschlage des Staatssekretärs Prof. Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium beschloß die Kommission, drei Unterausschüsse einzurichten. Von diesen soll die erste die dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unterstehenden Kriegsgesellschaften untersuchen, die zweite die dem Reichswirtschaftsministerium unterstehenden, die dritte die Kriegsgesellschaften des Reichsfinanzministeriums. Vom zweiten Unterausschuss soll auch die Geschäftsführung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper nachgeprüft werden. Jedem Unterausschuss wird ein vom Reichswirtschaftsrat zu benennender Treuhänder als Sachverständiger beigegeben, der in Verbindung mit den Mitgliedern des betreffenden Unterausschusses die Nachprüfung der Geschäftsführung durchzuführen soll. Das Reichswirtschaftsministerium wird seinerseits bis zur demnächstigen Sitzung des Ausschusses eine Zusammenfassung der Geschäftsbetriebe der ihm unterstehenden Kriegsgesellschaften vorlegen.

Diebstahl im Auswärtigen Amt.

Ein dreifacher Diebstahl ist im Auswärtigen Amt ausgeführt worden. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten. Ein Kurier, der aus Paris gekommen war, hatte vier große Pakete mitgebracht. Er übergab zwei Pakete einem legitimen Boten des Auswärtigen Amtes, der auch die beiden anderen Pakete bei einem zweiten Gange abholen sollte. Bei dem Kurier erschien jedoch ein anderer Mann, der sich als Beamter des Auswärtigen Amtes ausgab, eine gefälschte Quittung vorzeigte und sich die beiden Pakete, die für die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene bestimmt waren, aushändigen ließ. Es hat sich herausgestellt, daß er weder Beamter des Auswärtigen Amtes, noch der Reichszentrale war und daß er mit den Paketen das Auswärtige Amt verlassen hat. Das eine Paket, das die Kuffert: Wert 50 000 Mark trug, soll Silberfachen enthalten haben, während in dem zweiten Papiere, zum größten Teile Abrechnungen über die Arbeiten deutscher Kriegsgefangener enthalten waren. Von dem Diebe fehlt bis jetzt jede Spur. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des geheimnisvollen Diebstahls beschäftigt.

Einspruch der Entente mission.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, gibt man in Kreisen, die der englischen Botschaft nahe stehen, die feste Zuversicht nicht auf, daß es noch in diesem, der Versuch gemacht werde, von neuem bürgerliche Wehrorganisationen zu bewaffnen. Es wurde ferner Aufklärung darüber verlangt, daß nach Pressenachrichten Kriegsgewerke Waffen besäßen. Die Kriegsgewerke seien nach dem Friedensvertrag überhaupt aufzulösen und dürften unter keinen Umständen Waffen führen. Eine Untersuchung dieser Angelegenheit ist im Gange.

U. S. P. und 3. Internationale.

Wie uns von bestinformierter Seite aus Berlin gemeldet wird, wurde bei dem zweiten Kongreß der 3. Internationale in Moskau am 3. August ein vorläufiger Beschluß gefaßt, durch den die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands in der 3. Internationale Aufnahme findet. Vorläufig haben die Vertreter der U. S. P. D. in der 3. Internationale nur beratende, aber nicht beschließende Stimmen. Das gleiche ist bei den französischen Sozialisten der Fall, die ebenfalls Aufnahme in der 3. Internationale gefunden haben. Die Aufnahme der U. S. P. D. in die 3. Internationale dürfte eine vollständige Reorganisation derselben zur Folge haben.

Umbau der Reichsregierung?

v. Karborff Vizkanzler?

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wissen wollen, wird während der Reichstagsferien ein teilweiser Umbau der Reichsregierung erfolgen. Das Wiederanbahnministerium, das bisher unbefest geblieben war, soll vollständig eingehen und als Unterbestandteil des Auswärtigen Amtes angegliedert werden. Dagegen beabsichtigt man die Stellung des Vizkanzlers selbständiger zu gestalten. Vornehmlich soll der Ausbau der Beziehungen zu den Einzelstaaten seine volle Arbeitskraft erfordern. Der Volksparteiler Heinzewitz das Amt des Vizkanzlers abgeben und nur Justizminister bleiben, während zu der Stelle des Vizkanzlers der Volksparteiler v. Karborff in Aussicht genommen ist.

Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, handelt es sich bei den Ausführungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ über den bevorstehenden Eintritt des Abgeordneten v. Karborff in das Reichskabinett um einen Wunsch, der in der letzten Fraktionsstimmung der Deutschen Volkspartei vor dem Auseinandergehen des Reichstages nach langen Beratungen gefaßt worden ist. Das Reichskabinett hat zu der Frage noch nicht Stellung

genommen taum anzunehmen, daß die von der Deutschen Volkspartei angeregte Frage rasch in Fluß kommt, da sowohl der Reichstagskanzler wie eine große Anzahl der Minister bereit sein werden. Wie wir weiter hören, hat der Abgeordnete Karborff selbst zu dem Plane der Deutschen Volkspartei noch nicht Stellung genommen, eine Zustimmungserklärung von seiner Seite liegt noch nicht vor.

Internationaler

Bergarbeiterkongreß.

„Nieder mit dem Kriege.“

Der internationale Bergarbeiterkongreß in Genf beschloß auf Vorschlag der englischen Delegation die Eröffnung eines permanenten internationalen Generalsekretariats.

Hue (Deutschland) begründete eine Resolution, die die Verteilung der Kohlen und anderer Rohstoffe auf internationalem Wege regelt, und zwar soll mit dieser Aufgabe das internationale Arbeitsamt betraut werden, dessen Direktor Thomas den Verhandlungen des Kongresses beigewohnt hatte. Hue begründete die Resolution damit, daß die internationale Kohlennot nicht nur eine Folge der verringerten Kohlenförderung sei, sondern auch viel mehr eine Schuld der falschen Verteilung. So müsse z. B. die Bevölkerung der Stadt Genf den Doppelzentner amerikanischer Kohle mit 27 bis 30 Franken bezahlen, gegenüber 4 bis 5 Franken vor dem Kriege, und zwar für eine Kohle, die an den deutschen und belgischen Kohlenbergwerken vorbeigehe. Dies treffe aber nicht nur auf die Kohle, sondern auch auf andere wichtige Rohstoffe zu. Eine gerechte internationale Regelung könne da viel ausgleichen.

Thomas als Leiter des internationalen Arbeitsamtes dankt für das Vertrauen des Bergarbeiterkongresses durch die Übertragung dieser Aufgabe und spricht die Zuversicht aus, daß die in Frage kommenden Regierungen sich diesem Vorschlag nicht verschließen werden. Die Resolution Hue (Deutschland) auf Einrichtung eines internationalen Kohlenbüros wurde dem internationalen Komitee zur entsprechenden Weitergabe überwiesen.

Der Kongreß faßte weiter eine Entschließung über die Aenderernährung, analog der vom Sozialistenkongreß in dieser Frage beschlossenen Resolution. Des weiteren drückte der Kongreß in einer Entschließung seine Ansicht dahin aus, daß zur Erreichung des Zieles der Rationalisierung resp. der Sozialisierung der Bergwerke alle Mittel angewendet werden müßten, desgleichen zur Verbesserung des Arbeitsverhältnisses. Als Endziel bekannte sich der Kongreß zum internationalen Generalsekretariat, dessen Grundlagen vor seiner Vermittlung durch den internationalen Bergarbeiterkongreß zu prüfen seien. Zur Kriegsfrage äußerte der Kongreß die gleiche Ansicht, wie der internationale Sozialistenkongreß, nämlich daß die Wiederkehr eines Weltkrieges, wie des großen Weltkrieges, der eine Schmach der Menschheit darstelle, mit allen Mitteln zu verhindern sei, vornehmlich durch den internationalen Streik.

Die Annahme dieser letzten Entschließung erfolgte einstimmig unter langandauerndem Beifall. Die Versammlung erhob sich zum Rufe: „Nieder mit dem Kriege!“ und stimmte die Internationale an. Nachdem ein neuer Exekutivausschuss bestellt worden war, dem zwei Franzosen, vier Engländer, drei Deutsche (Hue, Wislmann und Imbisch), zwei Belgier, je ein Österreicher, Ungar, Pole und Luxemburger, sowie zwei Tschechen und vier Amerikaner angehören, schloß der Präsident Smith den Kongreß.

Die Kämpfe im Osten.

Moskaus Antwort.

Die Antwort der Bolschewiken auf die englische Note enthält folgende Punkte:

Die Bolschewiken können ihren Vorstoß gegen Polen nicht aufhalten, denn sie sind der Meinung, daß je vom militärischen wie vom internationalen Standpunkte aus das Recht haben, ihren Vormarsch fortzusetzen.

Die Bolschewiken sind jedoch geneigt, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen, sobald die polnischen Delegierten nach Moskau zurückgekehrt sind.

Weiter ist Rußland geneigt, den Polen vollständige Unabhängigkeit zu gewähren, und eine Grenze zu schaffen, die alle gerechten Wünsche der Polen vollständig befriedigen dürfte.

Weiter wird in der Antwort gesagt, daß die Abordnung der Sowjetregierung in England die Vollmacht habe, einen Friedensvertrag mit jeder Macht der Entente oder aber auch mit Polen zusammen zu unterzeichnen. Moskau verlangt ferner, daß die Ruben in Polen vollkommen geschützt werden und daß alle Waren, die von Deutschland nach Rußland gehen, vollständig freien Weg durch Polen haben.

Habas meldet über die Antwortnote, die Sowjetregierung wolle mit Polen über einen Separatfrieden verhandeln. Die Sowjetregierung weigert sich jedoch, den Vertretern der Randstaaten Zutritt zu den Friedensverhandlungen zu gestatten.

„Daily Chronicle“ gibt als Hauptpunkt der Antwort Tschichserins an:

1. Die Sowjetregierung ist zu einem Sonderfrieden mit Polen bereit.

2. Die Sowjets sind bereit, die Unabhängigkeit Polens anzuerkennen und den Polen günstigere Grenze zu geben, als die Verbündeten vorgeschlagen haben.

3. Die militärischen Operationen müssen fortgesetzt werden, bis die polnische Delegation an die russische Linie zurückgekehrt ist.

4. Die Sowjets haben nicht die Absicht, aus den augenblicklichen Erfolgen Nutzen zu ziehen, um bessere Friedensbedingungen zu stellen.

5. Die Sowjets nehmen den Vorschlag an, Vertreter zu einer Konferenz nach London zu entsenden, um über einen allgemeinen Frieden zu verhandeln.

Kortgang der Kämpfe.

In Petersburg leitenden Kreisen ist man nach Mitteilungen russischer Heeresangehöriger der Überzeugung, daß die Offensive der roten Truppen auch nicht durch einen Befehl aus Moskau angehalten werden könne, eben nicht Warschau genommen ist. Als sich die Sowjetregierung bereit erklärte, polnische Unterhändler am 31. Juli zu empfangen, hat sie keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Operationen solange fortgehen würden, bis ein zweifelsfreies Ergebnis der Verhandlungen erzielt ist. Alle Überfälle, die sich innerhalb der roten Armeen ereignen

revolutionäre Bewegung geltend mache, und mit Ausnahmungen aufzunehmen. Die Stellung Lenins und Trotski, besonders die des letzteren, erscheint heute in der Öffentlichkeit, so daß dieser sogar dazu überreden kann, die Nachbegründung der Tschechoslowakischen (außerordentlichen Kommission) langsam einzuführen.

400 deutsche Arbeiter, die durch Vermittlung der Leipziger Gewerkschaften auswandern, sollen in Petersburg mit besonderer Wärme aufgenommen werden. Ihre Verpflegung sei sichergestellt. Sie würden in der Hauptstadt in den staatlichen Eisenbahnwerken als Arbeiter Verwendung finden, da die innere Lage Sowjetlands angesichts der außerordentlichen Mähernte im Uralgebiet von schleuniger Verbesserung der Transportverhältnisse abhängig ist.

Der „Times“ zufolge wird in russischen Kreisen London behauptet, daß das Telegramm, welches Kamenev von Moskau erhalten habe, besage, selbst wenn man den Befehl geben würde, den Vorkriegsstand in Polen einzuführen, das Roten Heer nicht gehorchen würde. Lenin erklärte in dem Programm, er könne keinen Auftrag geben, die Feindseligkeiten einzustellen, da sonst der Ausschluß einer Gegenrevolution in dem russischen Geiste zu befürchten sei, das nicht zufrieden wäre, bevor Warschau nicht genommen sei.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, ist verlautet, daß man in Kreisen, die der englischen Politik nahe stehen, die feste Überzeugung nicht aufgibt, daß es noch in wenigen Tagen zu Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem Polen und Sowjetrußland in Moskau kommen werde. Die englische Regierung hat Krassinski lassen, daß ihrer Auffassung nach der beste Weg zu einer friedlichen Lösung darin bestehe, daß in Moskau zunächst ein Waffenstillstand abgeschlossen werde, worauf dann in London Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollten. Eine derartige Lösung würde eine Verständigung zwischen Moskau und den Westmächten am schnellsten herbeiführen.

Neue Blockade?

Nach einer Havasmeldung aus London, behauptet der „Daily Express“ zu wissen, daß Lloyd George Krassinski und Kamenev mitgeteilt habe, es seien Befehle zur Aufhebung einer neuen Blockade an die britischen Seestreitkräfte ergangen. Nach dem „Daily Herald“ hat das Geschwader in der Nordsee den Befehl erhalten, nach dem Baltischen Meere in See zu gehen.

Keine Truppentransporte.

Von zuständiger Seite verlautet, daß die Nachricht von dem Geheimbefehl der Interalliierten Kommission für die Besetzung an die Eisenbahndirektion Rattowitz über die Durchführung französischer Truppentransporte unrichtig ist. Im derzeitigen Befehl ist den Eisenbahnbehörden niemals gegangen. Im Bezirk Rattowitz sind bisher lediglich die nachstehenden Nachschubtransporte für die alliierten Besatzungstruppen gefahren worden. Für Polen bestimmte Transporte berühren den Bezirk nicht. Auch die Nachricht von der erregten Stimmung unter den Beamten- und Arbeiterchaft des Direktionsbezirks ist unzutreffend. Im Bezirk ist alles ruhig. Der Eisenbahnverkehr wird sich vollkommen ordnungsgemäß abspielen.

Stalini bleibt passiv.

Laut „Berliner Tageblatt“ meldet der „Popowo-Ross“, Stalini habe dem französischen Botschafter erklärt, daß bei einer evtl. Intervention der Alliierten in Italien Stalini passiv bleiben werde.

Notopfer und kleine Rentner.

In dem Notopfergesetz ist zwar im § 5 ein gewisser Abzug vom steuerbaren Vermögen für alle Abgabepflichtigen, die weniger als 150 000 Mark Vermögen besitzen und keinen Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenfürsorge haben, und im § 27 eine völlige oder teilweise kostenlose Stundung des Notopfers für alle Abgabepflichtigen vorgesehen, deren steuerbares Vermögen nicht über 50 000 Mark und deren Einkommen nicht über 5 000 Mark hinausgeht. Diese Milderung war schon in dem Entwurf, als das Notopfergesetz erlassen wurde, also vor einem Jahre, nicht ausreichend; seit dieser Zeit haben sich aber die Verhältnisse ganz außerordentlich zugunsten der kleinen Rentner verschoben, so daß sie heute nicht mehr entzogen zu werden genügt. Um den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und die sonst in ungeheurer Höhe gehende wirtschaftliche Not der kleinen Rentner einzuermäßigen, ist jetzt von rechtsprechender Seite im Reichstage der Antrag eingebracht worden, daß die Abgabepflichten mit einem Vermögen bis zu 150 000 Mark im Alter von 45 bis 60 Jahren die Hälfte (nach dem Gesetz ein Viertel); b) im Alter über 60 Jahre 2 Drittel (nach dem Gesetz ein Drittel) des Vermögens bis zu 100 000 Mark (nach dem Gesetz bis zu 50 000 Mark) von dem steuerbaren Vermögen abziehen können. Die Stundung des Notopfers soll weiter ausgedehnt werden auf alle Abgabepflichten mit einem Vermögen bis zu 150 000 Mark (nach dem Gesetz nur 100 000 Mark) und mit einem Jahreseinkommen von 7500 Mark (nach dem Gesetz 5000 Mark). Auch die völlige oder teilweise kostenlose Stundung des Notopfers bei „billiger Berücksichtigung“ der wirtschaftlichen Verhältnisse soll eine weitere Ausdehnung erfahren, als diese Stundung des Notopfers durch den Gesetzgeber vorgesehen ist, wenn das steuerbare Vermögen nicht über 10 000 Mark beträgt, und wenn der Steuerpflichtige mehr als 50 Prozent erwerbsunfähig und über 60 Jahre alt ist oder wenn er mehrere erwerbsunfähige oder erheblich erwerbsbeschränkte Personen dauernd zum überlebenden Teil unterhält.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, 9. Aug.

Preisprüfungsstelle Nassau. Auf Einladung der öffentlichen Volksversammlung am 30. Juli 1920 gewählten Kommission für Preisabbau hatten sich am 4. August im hiesigen Rathaus mit der Kommission zusammengekommen Herr Landrat Scheuern-Diez mit Herrn Kreisoberster Zimmermann, Herr Bürgermeister Halencler-Nassau mit dem Magistrat sowie die Preisprüfungsstelle Ems mit dem Kommandanten Kaul. Die überaus anregende verlaufene Versammlung ergab, daß sowohl die Kreis- als auch die Gemeindefürsorge mit wärmsten Interesse den Bestrebungen auf allgemeinen geordneten Preisabbau gegenüberstehen und daß sie die aus der Bürgerchaft hervorgegangenen Bestrebungen insbesondere deshalb begrüßen, weil diese sich stützen auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 25. 9. 1915. Aus den bisherigen Verhandlungen ergab man, daß die Ordnung der Preise unter bester Berücksichtigung aller Beteiligten geschehen soll, allerdings auch unter strengster Abwendung von Übertretungen. Aus diesem Grunde hat der hiesige Magistrat die behördlich

zu errichtende Preisprüfungsstelle zusammengekehrt aus Erzeugern, Wiederverkäufern und Verbrauchern und vererbt mit diesem Amte betraut die hiesige städtische Lebensmittelkommission und die am 30. Juli gewählte Kommission für Preisabbau mit dem Rechte der Zuwahl. Jeder sein Geschäft reell mit angemessenem Gewinn betreibender Geschäftsmann wird diese Zusammenfassung nur begrüßen können und wird wohl im eigentlichen Interesse die nicht zuletzt zum Nutzen des Geschäftsmannes bestehende Stelle unterstützen. Diese Preisprüfungsstelle der ausdrücklich nach dem Gesetz vom 15. Sept. 1915 behördliche Rechte zustehen, ist gestern von Herrn Bürgermeister Halencler in ihr Amt eingeführt worden. Zu ihrem Vorsitzenden hat sie Herrn Notar Gies-Nassau gewählt. Dieser wurde auch als Delegierter gewählt für die bei dem Landratsamt zu errichtenden Kreisprüfungsstelle. Stellvertreter ist für Diez Herr Konsumverwalter Heerdegen-Nassau. Der Vorsitzende ist gern zu jeder weiteren Auskunft bereit. Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften hat die Stelle ebenso wie Bad Ems, wie aus der heutigen Anzeige ersichtlich ist, die Anbringung der Preisverzeichnisse in den einzelnen Geschäften beschlossen. Die Geschäftsinhaber bitten die Stelle hierdurch dringend und ausdrücklich, ihrem vorgenannten Vorsitzenden bis 15. August eine Abschrift des Verzeichnisses zu übersenden, damit in der am 16. August stattfindenden Versammlung diese Verzeichnisse verwertet werden können. Auf diese Weise können Kontrollbesuche in den Geschäften vorerst beiden Teilen erspart werden. Außerdem werden die Geschäftsinhaber gebeten, die Preisverzeichnisse so anzubringen, daß die Preise von außen erkennbar sind. Die Inhaber der Schuh- und Wäsche Geschäfte werden dringend gebeten, bis zu obigem Termin ebenfalls ein zusammenfassendes Preisverzeichnis bis zum 15. August an den Vorsitzenden einzureichen, durch das die Stelle eine Uebersicht gewinnen kann. Die Stelle wird so tätig sein, daß jeder Geschäftsmann mit ihr ohne berechtigten Verdruß arbeiten kann und sie schlägt daher ein entsprechendes Entgegenkommen und Verständnis vor. Nur so werden den Geschäftsinhabern keine Nachteile entstehen. Die kaufende Bürgerchaft bittet die Stelle aber nochmals ausdrücklich, jeden Fall von Preiswucher sofort mitzuteilen.

Schwesterstation. Wer in unserer Stadt wohnt, nicht in welcher reichem Segen die Krankenschwestern wirken, die vom Vaterl. Frauen-Verein hier stationiert sind. Wer selbst schon ernstlich erkrankt war, wird samt seinen Angehörigen in ganz besonderer Weise von diesem Segen etwas erfahren haben. So ist die Schwesterstation eine Einrichtung, die wir nicht mehr missen möchten und für die von unseren Gemeindegliedern noch viel mehr als bisher getan werden muß. Dazu ist jetzt Gelegenheit gegeben, wenn in diesen Tagen die Sammlerinnen von Haus zu Haus gehen, um die Jahresbeiträge für die Schwesterstation in Empfang zu nehmen. Dieser Jahresbeitrag mußte auf 3 Mark erhöht werden; aber da die Ausgaben der Station gewaltig gestiegen sind, ist es trotz der mancherlei Unterstützungen, die ihr von hier und von auswärts zuteil werden, nicht möglich, mit den Einnahmen die Ausgaben zu decken. Wir bitten daher herzlich, daß alle, die es irgend können, dieses Werk christlicher Nächstenliebe durch einen höheren Beitrag als 3 Mk. zu unterstützen und fördern. Es ist ratsam, das Geld bereit zu legen, damit die Sammlerinnen nicht vergebens kommen oder noch einmal vorsprechen müssen. Es wäre ein Jammer, wenn die im Segen wirkende Krankenpflegestation aus Mangel an Mitteln eingehen müßte. Tue daher jeder sein Möglichstes! Sollte er krank werden, so wird er dankbar sein, wenn ihm die Hilfe der Schwestern zur Seite steht. Sollte er, was wir von Herzen wünschen, gesund bleiben, dann soll er erst recht aus Dankbarkeit einen um so größeren Beitrag leisten.

Jahn-Spieltag. Gelegentlich des gestrigen Jahn-Spieltags gaben sich auf Einladung der hiesigen Turngemeinde die Turnvereine Dörnberg, Holzappel, Singhofen, Bergnassau-Scheuern, Dausenau u. Turn- u. Sportgemeinde „Nassovia“ Nassau auf dem Sportplatz „Brühl“ ein Stelldichein, um sich im friedl. Wettkampfe zu messen. Es traten 15 Mannschaften zum Faustball-Wettkampfe an, aus welchem in den Entscheidungskämpfen die bekannte 1. Faustballmannschaft der Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“ Nassau als Sieger hervorging. Die beiden vorgeschickten Schlagballspiele gegen „Nassovia“ Nassau und Turngemeinde-Nassau konnte der Bezirksmeister Turnverein Dörnberg für sich als Gewinn buchen. Gut Heil!

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau.

Butter.

Auf Abschnitt 21 der Zeitkarte wird am Dienstag, den 10. August im Geschäft des Konsumvereins (Haus J. W. Ruhn) 50 Gramm Butter ausgegeben und zwar an die Inhaber der Karten Nr. 1-355.

Ausgabe an die übrigen Karteninhaber erfolgt später. Die Abschnitte behalten ihre Gültigkeit wenn sie an den Karten verbleiben.

Kochen und baden ist immer schon eine der wichtigsten Aufgaben der Hausfrau gewesen, bildet aber heute ein oft schwer zu lösendes Exempel. Wie erfreulich ist es da zu hören, daß es der hochentwickelten deutschen Nahrungsmittelindustrie gelungen ist, ein Präparat herzustellen, das für die Hausfrau in vielen Beziehungen große Erleichterungen schafft. **Oetker's Milch-Eiweißpulver**, wie dieses ideale Hilfsmittel heißt, ist ein reinliches, natürliches Eiweiß, also von

wirklichem Nährwert nur mit dem Unterschied, daß es statt aus dem Hühnerfleisch aus der Milch gewonnen ist. Es bietet neben seiner Billigkeit — denn es ist in allen Lebensmittelgeschäften für 70 Pfg. pro Päckchen zu haben — noch die Vorteile der praktischen und reinlichen Handhabung beim Kochen.

J.-Nr. 11. 9279.

Diez, den 5. August 1920.

Die Bureaus des Kreisamtes und Landratsamtes sind nunmehr nach dem neuen Dienstgebäude, Lützenstraße 20, verlegt. Für die Reinigung der Büroräume, die Bedienung der Dampfheizung, die Unterhaltung und Reinigung des Gartens und für sonstige vorkommende Arbeiten wie Botengänge usw. wird für sofort eine tüchtige und zuverlässige Persönlichkeit gesucht.

Leicht kriegsbeschädigter Schlosser oder Heizer, der verheiratet, wird bevorzugt.

Außer freier Wohnung und Heizung und freiem Bezug von Wasser und Licht wird ein den heutigen Verhältnissen entsprechender Lohn gewährt.

Bewerbungen unter Angabe der Lohnansprüche sind bis zum 15. August ds. Js. bei mir einzureichen.

Nähere Auskunft im Bureau des Kreisamtes.

Der Vorsitzende des Kreisamtes.

J. W. Scheuern.

Anbringung von Preisverzeichnissen in den Kleinhandlungen.

Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 9. 15 wird hiermit bestimmt, daß alle hiesigen Geschäftsinhaber, die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs im Kleinhandel feil halten, ein Verzeichnis in ihren Verkaufsräumen oder an ihrem Betriebsstand anzubringen haben, auf dem der genaue Verkaufspreis der Waren im einzelnen ersichtlich ist. Außerdem haben die Schuh- und Wäsche Geschäfte, da in diesen eine zuverlässige Einzelausführung der Preise nicht möglich erscheint, sämtliche in ihrem Geschäft befindlichen Waren mit für jeden Käufer verständlichen Preisen zu versehen.

Die Preisankündigung im Verzeichnis gilt als Preisforderung im Sinne der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. 7. 15.

Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbrauchern zu dem angekündigten Preise gegen Barzahlung darf nicht verweigert werden.

Wer der bevorstehenden Bestimmung zuwiderhandelt, wird sofern nicht andere Vorschriften höhere Strafen androhen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

Hierzu wird noch bemerkt, daß in nächster Zeit die Mitglieder der Preisprüfungsstelle, die mit entsprechendem Ausweis versehen sind, eine Kontrolle über die Befolgung der Vorschrift ausüben werden. Auf den weiteren Aufsat in dieser Ausgabe wird hingewiesen.

Nassau, 8. August 1920.

Die Preisprüfungsstelle.

Sterbe- und Altersversicherung.

Die Beiträge für den Monat August werden am Montag, den 9. August, nachm. von 4½-5 Uhr, im Rathause, Zimmer 4, entgegengenommen.

Der Vorstand.

Marburger Kantabak

(von Stephan Niederehe & Sohn), Röllchen 2.-Mk.

Duisburger Castanjen-Tabake

A. B. Nr. 2 100 Gramm Mk. 6,-

Inv. 50 „ 3,25

Holländischer Canaster 100 „ 7,50

Bonna-Gold, feinsten leichter Schagtabak

Bonna-Gold, türk. Zigaretten-Tabak

Zigarrengeschäft Rudolf Degenhardt

Mauerstraße 5 - Nassau - Mauerstraße 5

Filiale: Kettenbrückstr. 7

Wollen Sie billig und gut rauchen?

dann bestellen Sie sofort

2 Pfd. Virginia-Tabak

gar. rein übersee

Preis nur 50 Mk. franko

oder

100 Stück. Ia. Zigarren

gar. rein übersee

Preis nur 75 Mk. franko

Alle Preise einschl. Steuer u.

Verpackung gegen Voreins.

od. Nachnahme.

Jucozon-Gesellschaft

Frankfurt a. M.-Niederrad.

Händler verlang. Spezialpr.

Vereinsnachrichten.

Stenographenverein „Gabelberger“. Montag abd.

8 Uhr: Übungsstunde u.

Fortbildungslehrgang (Leit.: E. Moser).

M.-G.-B. „Liederkranz.“

Mittwoch abend 8¼ Uhr:

Gesangsstunde. Vollständiges

Erscheinen wird erwartet.

Turngemeinde Nassau.

Jeden Dienstag und Freitag

abend Turnstunde.

Montags, Mittwochs und

Samstags 7,30 Uhr: Spielen.

Frau zum tägl. Piken der

Praxisräume per 16. d. Mts.

geholt. Gest. Angebote am 16. i

der Praxis.

Zahn-Praxis Charlotte

Anst. Nassau, Emserstr. 1.

Schafwolle

von der diesjähr. Schur kauft

zu höchsten Tagespreisen, sowie

Stricklumpen, Lumpen

und Knochen

und werden hierfür d. höchsten

Preise bezahlt.

Albert Rosenthal, Nassau.

Schöne Einmachbohnen

Schöne Einmachgurken

Ital. Kartoffeln, Käsechen

empfiehlt N. Hermes.



Die Notlage der Presse.

Die Verleger-Versammlung des Augustinus-Vereins in Köln hat folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Die Versammlung des Augustinus-Vereins in Köln am 24. Juli 1920 beauftragt ihren ersten Vorsitzenden, Benning-Dorrmund, in den bevorstehenden Berliner Beratungen auf das Entschiedenste für die bedrohten Organe der Presse einzutreten. Im Einzelnen verlangt die Versammlung:

1. Es darf kein Postgebührentarif in Kraft treten, ehe nicht vorher auch die zuständigen Vertreter der kleineren und mittleren Presse, Verleger wie Redakteure, gehört werden.
2. Bezüglich der Anzeigensteuer, die für alle Blätter eine unerträgliche Belastung bedeutet, muß unbedingt erreicht werden, daß die Steuerbeträge vierteljährlich, nicht jährlich, angemeldet und verrechnet werden.
3. Die Senkung des Zeitungspapierpreises ist eine Lebensfrage für die ganze deutsche Presse. Sie muß unter allen Umständen und unverzüglich herbeigeführt werden.
4. Die Versammlung verlangt die Ausarbeitung einer die gegenwärtigen Nöte der gesamten Parteipresse knapp und klar behandelnden Denkschrift.
5. Die Versammlung beschließt, aus der bisherigen Zurückhaltung heraus tretend, diese Entschlüsse der gesamten Presse zur Veröffentlichung zu übergeben.

Kelne Chronik.

Auch das „Sihen“ wird teurer. Die Haftkosten haben bisher eine Mark täglich betragen. Im Einverständnis mit dem Finanzminister haben der Justizminister und der Minister des Innern diese Kosten mit Wirkung vom 1. Juli an auf 3 Mark für den Tag erhöht. Es gilt dies sowohl für die Personen, die zu Zuchthaus-, Gefängnis-, Festungshaft oder Haftstrafe verurteilt sind, wie für die Untersuchungs-, Zivilhaft- und Polizeigefangenen. Bei Selbstbefreiung ermäßigt sich der Haftkostensatz auf die Hälfte.

Erhöhte Brottration? In der Reichsgetreidekasse besteht die Absicht, falls das Endergebnis den Schätzungen entspricht und mit dem Ertrage einer guten Mittelernte zu rechnen ist, die Brottrationen von 1500 auf 2000 Gramm zu erhöhen.

Der Erfinder des Morphiums. Eine sinnreiche Erfindung haben die Apotheker und Ärzte Deutschlands dem Erfinder des Morphiums, dem in dem Städtchen Einbeck im Hilbesheimischen verstorbenen und beigesetzten Apothekenbesitzer Sertürner zuerkannt werden lassen. An einem Mittelseiler der Barikolomastirke, in der die sterblichen Reste des Erfinders ruhen, erhebt sich ein großer, unien breiter und oben spitz zugehender Gedenkstein, der die Inschrift trägt: „Friedr. Sertürner, dem Erfinder des Morphiums, 1783—1841.“ Friedr. Sertürner war früher Inhaber einer Apotheke in Einbeck. Eine an dem Hause angebrachte Gedenktafel gibt Kunde von der epochemachenden Erfindung. In Ehren des Entdeckers ist auch eine Straße nach ihm benannt worden.

Explosion. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus A n t h: In der pyrotechnischen Abteilung des Stahlwerkes-Mark erfolgte eine Explosion. Sämtliche Gebäude wurden in die Luft geschleudert. Die Anlagen stehen in Flammen. Von der Arbeiterschaft ist niemand verletzt worden. Auch in der Stadt ist großer Sachschaden angerichtet. Zahlreiche Fenster scheiblen wurden zertrümmert und viele Häuser abgedeckt.

Streikaustrittungen. Wie der „Berl. Lokal-anzeiger“ aus Braunschweig meldet, kam es im Kreise Bosenbüttel zu blutigen Ausschreitungen streikender Landarbeiter gegen Arbeitswillige. Vor dem Rittergut Jalscher erschienen bewaffnete Streikende und hinderten die Arbeitswilligen an der Arbeit.

Preisabbau für Sonja. Der Honig-Mindestpreis, der vom Deutschen Intervallverband auf 20 Mark für das Pfund festgesetzt war, ist von zahlreichen thüringischen und provinzialistischen Bienenzüchtereinheiten auf 15 Mk. ermäßigt worden.

Luftpost nach Schweden. Die schwedische Generalpostdirektion hat die schwedische Regierung um die Ermächtigung ersucht zu einem Ueberkommen mit der deutschen Postverwaltung betr. die Einrichtung des Luftpostverkehrs Malmö-Barnumünde. Morgens von Malmö abgehend, würde die Post um 1 Uhr mittags in Berlin eintreffen. Eingekaufene Briefe können auch befördert werden. Für den Luftpostverkehr werden besondere Gebühren erhoben werden. Der Luftpostverkehr, der beginnen wird, sobald die schwedische Regierung die Genehmigung erteilt, soll mit deutschen Flugzeugen ausgeführt werden.

Die russischen Kronjuwelen. Der „Welt Parisien“ läßt sich aus London melden, daß der „Evening Standard“ die Nachricht verbreitet, daß die Bolschewisten die russischen Kronjuwelen nach London mitgebracht hätten, um sie dort zu Gunsten des Bolschewismus zu verkaufen. Alle englischen Diamantenhändler sollen vor dem Ankauf dieser Juwelen gewarnt worden sein.

Die Zweischemernte liefert in diesem Jahre im Rhein- und Maingebiet einen richtigen Rekordtrag. Seltener zeigt man Bäume einen solchen reichen Behang. Die Zweischemernte färbt sich bereits stark, sobald mit Anfang September ihre Reife zu erwarten ist. Zweischemernte und Zweischemernte dürften diesmal wohl nicht allzu teuer werden?

Obst- und Gemüse-Preis. Aus A o l n wird gemeldet: Infolge des fruchtbarsten Wetters der letzten Tage wurden derartige Mengen Gemüse und Obst auf den Markt gebracht, daß große Preis-senkungen eintreten. Die meisten Gemüsearten mußten erheblich unter dem Marktpreis abgesetzt werden. Ferner mußten sich die Obstbändler zu beträchtlichen Preisherabsetzungen verstehen. Blaumen, deren Marktpreis 1,60 bis 2 Mark war, wurden zu 50 Pfg. bis 1,50 Mark verkauft. Ein weiteres beträchtliches Sinken der Obstpreise steht zu erwarten, da große Obstmengen aus Italien, Tirol, Holland und Belgien eintreffen.

Die Oftebäder im Dunkeln. Ganz Vorpommern mit zahlreichen Oftebädern ist ohne elektrisches Licht und Kraft, weil sämtliche Arbeiter und Beamte der Arbeiterzentrale in Stralsund wegen verweigelter Lohnforderungen in den Streik traten. Der Streik hat sich auch auf das Betriebswerk Swinemünde ausgedehnt, so daß sämtliche Bäderorte der Umgegend in Mitleidenschaft gezogen sind. Alle bisherigen Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Ein deutscher Einheitsantrag? Wegen Anfertigung eines militärähnlichen Einheitskloßes für die Zivilbevölkerung finden gegenwärtig zwischen den Reichsbehörden und dem sächsisch-thüringischen Webereiherband (Abteilung Meerane-Glauchau) Verhandlungen statt. Die umfangreichen Aufträge sollen auf die einzelnen Webereien verteilt werden, um weiteren Betriebsbeschränkungen vorzubeugen.

Die Mitteilung für 2 Pfennig. In der Presse war darauf hingewiesen worden, daß sich das teure Briefporto dadurch umgehen lasse, daß man einfach einen geringen Betrag, etwa 2 Pfennig, mittels Poststempel an seinen Geschäftsfreund einzahlen und die für ihn bestimmte Mitteilung auf den für diesen Zweck vorgesehenen Rückseiteabschnitt der Zahlkarte eintrage. Durch eine neue Verordnung wird diese Umgehung jetzt unmöglich gemacht. Zahlkarten, die unter Ausnutzung des Poststempelverkehrs zur Uebermittlung von Nachrichten oder geschäftlichen Anpreisungen verwendet werden sollen, sind von jetzt ab unzulässig.

27 Todesurteile vorgemerkt. Der „Donau-Zeitung“ zufolge ging einem Passauer Stadtrat folgender Brief durch die Post zu: „Mein Freund! In einer jüngsten Sitzung (geheim und streng vertraulich der M. S. P. und A. P. D.) sind in Passau 27 Todesurteile vorgemerkt, die bei der nächsten Revolution vollzogen werden. Von der M. S. P. sind vier Genossen vorgemerkt, und zwar (folgen die Namen). Seid daher vorsichtig; denn der Plan ist so, daß die Verhaftungen unbedingt klappen. Halte die Sache streng geheim, denn wir müssen schwören, daß niemand etwas erfährt.“ Ein Mensch.

Fremdenhebe. Aus K r e l w a l d a u meldet der Draht: Im Anschluß an eine Protestversammlung gegen die Zensurierung kam es hier zu großen Demonstrationen. Mehrere hundert Personen zogen zum Kurhaus und verlangten, daß alle Kriegsgewinnler den Kurort sofort verlassen. Die Demonstranten drangen in die Spisefälle des Kurhauses ein und schleppten alle Lebensmittel fort. Dem Leiter des Sanatoriums wurde die Forderung überreicht, daß die Gefunden innerhalb 24 Stunden, die Kranken innerhalb fünf Tagen den Kurort verlassen sollen. Die Menge zog dann nach Greiffenberg, wo sich im Stefaniushotel die Szenen wiederholten. Überall wurden die Lebensmittelvorräte weggeschleppt.

Drahtlos getraut. Die erste auf drahtlosem Wege vollzogene Trauung ist kürzlich nach amerikanischen Blätternmeldungen zu Detroit im Staate Michigan eingetragenen worden. Dort wurde in der Presbyterianerkirche ein Mädchen aus Detroit mit einem Ratlosen ehelich verbunden, der sich an Bord des amerikanischen Kriegsschiffes „Birmingham“ befand, das rund tausend Meilen von dem Ort der Handlung entfernt an der kalifornischen Küste vor Anker lag. Das „Jawort“ wurde auf drahtlosem Wege übermittelt.

Ein Pferd — 285 000 Rubel. Der Petersburger Arbeiterrat hat Höchstpreise für Pferde festgesetzt. Sie betragen für feinsten Pferde erster Qualität 285 000 Rubel, für minderwertige 220 000 bis 250 000 Rubel.

Volkswirtschaftliches.

Umschwung in der Textilindustrie? Allen Anzeichen nach hat die Krise im Textilwaren- und Tricotlagengewerbe in Sachsen, wie von dort gemeldet wird, den Höhepunkt überschritten. Einige Textilwarenfabriken arbeiten bereits wieder voll, während bei anderen die Wiedereinführung der normalen Arbeitszeit noch bevorsteht. Dagegen ist in den Webfabriken die Lage noch nicht hinreichend geklärt.

Verhärfung der Wirtschaftskrise. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, verschärft sich die Wirtschaftskrise in Deutschland unter dem Druck des Kohlenbistats von Spa von Tag zu Tag. Während die Metallindustrie bisher noch intensive Arbeit leisten konnte, und die besten Möglichkeiten zur Vermeidung einer Wirtschaftskatastrophe bot, beginnt sich plötzlich das Bild zu ändern. Auch in der Metall-Industrie ist eine Einschränkung der Bestände zu verzeichnen, während andererseits neue Lohnfreistellungen im Anzuge sind. Der Kohlenmangel hat die Aktivität der Unternehmer ganz erheblich beeinträchtigt. Man befürchtet, daß in den nächsten Monaten eine sehr schlimme Wendung in der deutschen Wirtschaftslage eintreten wird, zumal einerseits die finanziellen Schwierigkeiten in Deutschland den Geschäftsgang beunruhigen und auf der anderen Seite die Arbeiterschaft mit wachsender Erregung in die Betriebskollision eingreift.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	100,40	—
3 1/2	do.	94,—	—
3 1/2	do.	93,—	—
3	do.	84,—	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	100,80	100,80
3 1/2	do.	88,50	88,50
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	98,50	98,50
3 1/2	do.	88,—	88,—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,00	79,00
4	do.	69,—	69,—
3 1/2	do.	59,—	59,—
3	do.	59,90	59,90
Devisen			
	Frankreich	333	334
	Holland	1539	1539
	Schweiz	766	768
	Schweden	944	945

= GARN, =

graues Leinengarn, jedoch nicht zum Maschinennähen geeignet, wird vormittags von 9—10 Uhr ausgegeben.

Schuhfürsorge, Emserstr. 10.

Ich halte keine Sprechstunden mehr in Nassau. Sprechstunden in Bad Ems, Römerstraße 93, tägl. vorm. 9—12 Uhr, nachm. 2—6 Uhr, außer Sonntags.

Zahnarzt Brensing.

Kaffee

ist infolge Einfuhrverbot in absehbarer Zeit nicht mehr hereinzubekommen.

Unter Verwendung von meinem prima gerösteten Bohnenkaffee und reinem Gerste- bzw. Getreidekaffee ist es mir möglich gewesen, eine

Kaffee-Mischung

in prima Qualität

herzustellen, der laut chemischer Analysen aus ca.

1/3 Bohnen-Kaffee

und 2/3 reinem Gersten- bzw. Getreidekaffee besteht ohne jeglichen sonstigen Zusatz. Die Mischung ist kräftig, aromatisch, reinschmeckend und

gut bekömmlich.

Es kommen hiervon nur 50.000 1/2 Pfund-Pakete zum Verkauf und zwar

zu 6 Mk. das Paket

Kölner Konsum-Geschäft

Amtsstr. 4 Nassau Amtsstr. 4



Wo kaufe ich Gut und Billig?

Ein grosser Posten

Manufakturwaren

Schürzen- und Kleiderzeuge, Schürzendruck, Rockstoffe, Bettzeuge

zu sehr billigen Preisen eingetroffen

Es versäume niemand, sich von den Preisen und der Qualität der Ware zu überzeugen

Alb. Rosenthal, Nassau

Schafwolle

von der diesjähr. Schur kauft zu höchsten Tagespreisen, sowie Stridulumpen, Lumpen und Knochen und werden hierfür d. höchsten Preise bezahlt.

Albert Rosenthal, Nassau.

Bürgerl. Privatpension

von Alt. Ehepaar auf 2 Wochen gesucht.

Schorn, Düsseldorf.
Immermannstr. 14.

Kleines Häuschen

für Arbeiter gegen Bar zu haben gesucht. Off. u. B. E. 1251 an Ann.-Exp. C. Heidenheim, Coblenz.